

**Schriftliche Anfrage betreffend die Förderung der Öffnung von Wohnbaugenossenschaften gegenüber Migrantinnen und Migranten sowie Secondos / Secondas**

21.5492.01

Die Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus ist durch die damit verbundene nachhaltige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum klar im öffentlichen Interesse. Das wurde durch die Politik des Regierungsrates sowie auch durch das Ergebnis verschiedener Volksabstimmungen anerkannt.

Ein Kritikpunkt, der gegenüber der grössten Eigentümerkategorie des gemeinnützigen Wohnungsbaus, den Wohnbaugenossenschaften oft angebracht wird, ist ihre Verslossenheit und die geringe Bereitschaft, Migrantinnen und Migranten bei der Wohnungsvergabe mit zu berücksichtigen. Insbesondere bei kleinen und mittelgrossen Wohnbaugenossenschaften ohne professionelle Vermietungspraxis ist es für Menschen mit ausländisch klingenden Namen oft schwierig, bei der Wohnungsvergabe berücksichtigt und GenossenschafterInnen zu werden. Die Diskriminierung wird in den meisten Fällen kaum explizit, sondern implizit erfolgen. Die Genossenschaft hat freies Ermessen, an wen sie ihren dauerhaft bezahlbaren Wohnraum vergibt. Es ist daher schwierig eine explizite Diskriminierung nachzuweisen. Unabhängig von Diskriminierungen ist vielen Migrantinnen und Migranten die Funktionsweise von Genossenschaften zu wenig bekannt und vertraut.

Ich bitte deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es Statistiken über den Anteil von Ausländerinnen und Ausländer bei unterschiedlichen Eigentumsformen, insbesondere bei Wohnbaugenossenschaften?
  - a) Wenn nein: wäre der Regierungsrat in der Lage und dazu bereit, eine solche Statistik zu erstellen?
  - b) Wenn ja: Lässt sich irgendeine Aussage darüber machen, wie stark Menschen mit ausländisch klingendem Namen und CH-Bürgerrecht in Wohnbaugenossenschaften vertreten sind?
2. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass es insbesondere bei der Wohnungsvergabe kleiner und mittelgrosser Genossenschaften oftmals zu einer klar unterdurchschnittlichen Berücksichtigung von Migrantinnen und Migranten kommt?
3. Ist der Regierungsrat bereit, in Zusammenarbeit mit den Dachverbänden des gemeinnützigen Wohnungsbaus eine an die Wohnbaugenossenschaften gerichtete Sensibilisierungskampagne für die Förderung der Diversität zu lancieren?
4. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die Fusion bestehender Genossenschaften und die Förderung einer professionellen Vermietungspraxis bestehenden Tendenzen zur Diskriminierung entgegenwirken könnte?
5. Ist der Regierungsrat bereit, bei der Verhandlung der Verlängerung / Erneuerung bestehender Baurechtsverträge sowie der Verhandlung neuer Baurechtsverträge auf eine Professionalisierung der Vermietungspraxis sowie eine Fusion bestehender Genossenschaften hinzuwirken und entsprechende Anreize zu schaffen?
6. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass bei vielen Migrantinnen und Migranten ein Informationsdefizit in Bezug auf die Funktionsweise von Wohnbaugenossenschaften besteht? Wenn ja: ist der Regierungsrat bereit, eine Informationskampagne zu erarbeiten, um diesem Defizit entgegenzuwirken?
7. Wäre der Regierungsrat bereit, bei Vergaben von Land im Baurecht auch explizit neu formierte Genossenschaften aus Migrantinnen- und Migrantenkreisen mit zu berücksichtigen (zwecks Förderung der Durchmischung vorzugsweise in einem Quartier mit relativ geringem Ausländeranteil)?

Mahir Kabakci